

# SVP sammelt über 4000 Unterschriften gegen «Versumpfung» von Ackerland

**Mehr Weinländer Nahrungsmittel** Allein im Weinland will der Kanton 100 Hektaren Land in Sumpfgebiete zurückverwandeln. Damit soll die Artenvielfalt erhöht werden. Bauern wehren sich dagegen.

**Markus Brupbacher**

Presstetermin auf dem Acker: Die Weinländer SVP hat am Mittwochmorgen zur Medienkonferenz nach Benken geladen. Die Hauptdarstellerin – die schwarze Erde – liegt verborgen unter einer weissen Schicht aus Schnee. Sie bildete sich in einem Moor, das nach der letzten Eiszeit entstand. Um den sehr fruchtbaren Boden landwirtschaftlich zu nutzen, wurde das Sumpfgebiet mit Gräben und Leitungen entwässert. Doch nun will der Kanton Zürich bei Benken rund 20 Hektaren Ackerland in ein Feuchtgebiet zurückverwandeln, damit sich dort wieder seltene Tier- und Pflanzenarten ansiedeln.

Um die Artenvielfalt zu fördern, sollen im Weinland gut 100 und im ganzen Kanton etwa 1300 Hektaren ehemalige Moorgebiete wieder der Vernässung überlassen werden. Dagegen wehrt sich die Weinländer SVP mit der Petition «Stopp Ver-

sumpfungs-Aktion». Über 4000 Personen hätten das Anliegen bis jetzt unterzeichnet, sagt SVP-Kantonsrat Paul Mayer an der Medienkonferenz. Das Weinland hat rund 32'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Marthaler Unternehmer kandidiert am 12. Februar erneut fürs Kantonsparlament, zusammen mit Andrina Trachsel (Feuerthalen), Matthias Stutz (Marthalen) und Stefan Stutz (Trüllikon).

## «Wir lagern das Problem aus»

Die SVP will nicht, dass wertvolles Ackerland geopfert wird. Sie gewichtet die Sicherheit der Versorgung mit inländischen Nahrungsmitteln höher als die Biodiversität. Gerade der Krieg in der Ukraine zeige, so Mayer, wie wichtig die Ernährungssicherheit sei. Der Selbstversorgungsgrad liege in der Schweiz bei etwa 50 Prozent.

Seine Partei sei nicht gegen Naturschutz, aber es brauche mehr Zeit dafür. Als Beispiel



Die Weinländer SVP lud am Mittwoch zur Medienkonferenz nach Benken. Dort sollen 20 Hektaren ehemaliges Moorgebiet wieder vernässt werden. Foto: Markus Brupbacher

nannte er laufende Züchtungen von Pflanzen, die weniger Pflanzenschutzmittel benötigen. «Das Anlegen von Feuchtgebieten muss mit Augenmass gesche-

hen auf Flächen, die sich dafür eignen, und nicht auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln», so Mayer. Deshalb sollen auch die Entwässerungsleitun-

gen weiterhin unterhalten werden. «Wir machen hier Blüemliwiesen, müssen dann aber Nahrungsmittel aus dem Ausland importieren», sagte Stefan Stutz. Würden diese nicht im Inland angebaut, brauche es einfach mehr Ackerland im Ausland. «So lagern wir das Problem einfach aus.» Auch Elmar Hüppi von der IG Pro Kulturland war an der Benkemer Medienkonferenz. Landwirte wie ihn habe es «sehr gestört», dass der Kanton die betroffenen Ackerflächen «über unsere Köpfe hinweg» festgelegt habe.

Zudem basiere diese Festlegung auf einem Naturschutzkonzept von 1995, das dann erst mal in der Schublade verschwunden sei. Der ökologische Leistungsnachweis (ÖLN) als Basis für Direktzahlungen an die Bauern kam erst später. Dabei wurden ökologische Flächen für die Artenvielfalt bestimmt. Seit dem ÖLN, so Hüppi, hätten die Landwirte viel für die Natur geleistet, was aber nie wirklich berücksichtigt worden sei. «Wir waren

nicht untätig.» Ist es in Ordnung, im Inland die Ackerfläche zugunsten des Naturschutzes «fürs gute Gewissen» zu reduzieren und gleichzeitig mit dem starken Franken im Ausland die fehlenden Nahrungsmittel einzukaufen – auch dort, wo Hunger herrscht? Hüppi warf diese «moralische Frage» auf. Die Petition der SVP sei wichtig, um politischen Druck zu erzeugen. Zu Beginn habe der Kanton gar nicht mit der IG Pro Kulturland reden wollen, mittlerweile tue er das immerhin.

Die betroffenen Landwirte könnten sich ja für die Ertragsausfälle und den Wertverlust ihres Bodens entschädigen lassen: Gegen dieses Argument stellte sich Andrina Trachsel. Denn die Landwirte wollten nicht noch mehr vom Staat abhängig sein. Ein Benkemer Bauer sagte an der Medienkonferenz, dass alle Landwirte hier von der geplanten Versumpfung betroffen seien, zwischen sechs bis acht Hektaren pro Betrieb. «Das ist existenzbedrohend.»